

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zelle 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorweisung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postwechselkonto Leipzig Nr. 15070 unter „Allgemeines jüdisches Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
 Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 21516
 Postscheckkonto Leipzig Nr. 15070
 Bankkonto Sächsische Staatsbank, Leipzig
 Erscheint jeden Freitag — Redaktionsschluß Dienstag mittag.
 Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt,
 wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 8,40 Mark vierteljährlich (exklusive Bestelgeld). Streifenband - Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,50 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstraße 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8. Leihbibliothek, Nordstraße 29. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaulbachstraße 25.

Chronik der Woche

Ein jüdischer Arzt führt eine neue Krebstherapie ein. Die englischen Zeitungen befassen sich mit einem im „British Medical Journal“ erschienenen Aufsatz über eine von Dr. William Susman, Dozenten der Pathologie an der Universität Manchester und Pathologe am Jüdischen Hospital in Manchester, eingeführte neue Krebsbehandlung, die bereits auf überraschende Erfolge hinweisen kann. Die Untersuchung über die neue Therapie wird fortgesetzt.

Eine neue Form des antijüdischen Boykotts. In Altenburg (Thüringen) stellte die dort erscheinende Zeitung „Braune Front“ Aufpasser vor ein jüdisches Kaufhaus, um die Namen der Besucher zu notieren. Es wurde in der Zeitung angekündigt, daß die Käufer und Besucher bekanntgegeben werden würden. Wie der „C.V.-Zeitung“ mitgeteilt wird, wurde durch einstweilige Verfügung des Landgerichts Altenburg und des Oberlandesgerichts in Jena der Zeitung unter Strafandrohung verboten, das Kaufhaus zwecks Feststellung der Besucher und Käufer überwachen zu lassen oder die Namen der betreffenden Personen direkt oder andeutungsweise zu veröffentlichen.

Wie sieht es heute in den jüdischen Kleinstädten Sowjetrußlands aus? Die Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse in den von Juden bewohnten Kleinstädten gibt in einem Bericht das folgende Bild der typischen jüdischen Kleinstadt Krischopol in der Ukraine: 1926 zählte Krischopol 1533, heute zählt es 1147 jüdische Seelen; eine lokale Produktion gibt es nicht, die Jugend wandert nach Odessa, Kiew und Charkow ab, wo sie in den Fabriken Beschäftigung findet. 29% der jüdischen Seelen sind Arbeitende, 71% Erhaltene. Von den 334 Arbeitenden sind 194 Arbeitnehmer, 35 kooperativ zusammengeschlossene und 55 nichtzusammengeschlossene Heimarbeiter, der Rest Gelegenheitsarbeiter. Krämer und Händler gibt es nicht mehr. Die Zahl derjenigen, denen das Wahlrecht entzogen ist, hat sich von 200 i. J. 1926 auf 95 heute vermindert. Von den 417 jüdischen Schulkindern besuchen 185 die jüdische, 232 die ukrainische Ortsschule.

Der Mord an Walther Rathenau und die Gegenwart. — Bedeutsame Ansprache des Ministerialdirektors Brecht in der Jahresversammlung der Walther-Rathenau-Gesellschaft. Berlin, November (J.T.A.). Ministerialdirektor Brecht eröffnete die Jahresversammlung der Walther-Rathenau-Gesellschaft kürzlich im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates mit einer Ansprache, in der er auf die nun wieder überhandnehmende wilde antisemitische Verhetzung hinwies und u. a. ausführte: Wieder könnten Unschuldige wie einst Rathenau Opfer der Hetze werden. Es genügt nicht, daß einige sich in der Stille schämten, sondern die Führer müßten öffentlich gegen die Hetze auftreten. — Der Veranstaltung wohnten u. a. Ricarda Huch, die ehemaligen Minister Dernburg, Hamm, Koeth, Moldenhauer, Radbruch und Wendorff, sowie die aktiven Staatssekretäre Abegg, Pünder und Schäffer, ferner zahlreiche Persönlichkeiten der Politik, der Wissenschaft und der Wirtschaft bei. Es sprachen noch die beiden Preisträger der Rathenau-Medaille, Ministerialdirektor Gaus und Friedrich Kayssler. Kayssler las aus eigenen Werken, Gaus sprach über den Ausbau der internationalen Rechtsordnung.

Kommt er oder kommt er nicht?

Wenn man die deutsche Presse der letzten Tage verfolgt und sich besonders für die Frage interessiert, ob mit einer Berufung von Nationalsozialisten in die Regierung für die nächste oder eine spätere Zeit zu rechnen ist, so wird man an das neckische Blätterzupfspiel erinnert, in welchem das Orakel befragt wird, „ob er mich liebt oder nicht liebt“. Das gleiche, leider nicht so neckische Spiel wird in der deutschen Öffentlichkeit getrieben. Kommt Hitler oder kommt er nicht? Und wenn er kommt, wann wird er kommen? Vor zwei Wochen schien es nach den Ansprachen eines prominenten Zentrumsprechers in Münster und nach der Antwort eines nationalsozialistischen Abgeordneten, namentlich wenn man die Besuche Hitlers bei Hindenburg und General Schleicher in Betracht zog und sich den respektvollen Ton der Erinnerung zurückrief, den Reichskanzler Brüning in seiner Reichstagsrede gegenüber Hitlers offenem Brief fand, als ob nur Tage oder Wochen Deutschland von dem Augenblicke trennen, in welchem Frick oder ein anderer Nationalsozialist das deutsche Reichs-Innenministerium verwalten und die Partei die Anwartschaft auf Übernahme auch des höchsten Postens, nämlich des Reichskanzleramtes, erheben würde. Vor acht Tagen fand aber eine Tagung der Zentrumsleitung statt, in welcher Kaas und Brüning das Gerede von Koalitionen in das Reich der Märchen verwiesen und von den Nationalsozialisten als einem Konglomerat gesprochen wurde, mit dem man keine ernste Politik treiben könne.

All dieses Für und Wider wurde in Deutschland und auch im Ausland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Absage des Zentrums auf ihrer Parteitagung wurde dahin gedeutet, daß mit Rücksicht auf die in Schweben befindlichen außenpolitischen Verhandlungen weder Brüning noch Hitler sich mit dem Anschein belasten wollten, daß sie einander zustreben. Brüning nicht, weil er durch eine derartige Situation seine Verhandlungsfähigkeit gegenüber Frankreich erschweren würde und Hitler nicht, weil es ihm offenbar auf Grund seiner bisherigen Propaganda nicht im Traume einfallen kann, seine Unterschrift unter Abmachungen zu setzen, die getroffen werden müssen, und die er zum Gegenstande rücksichtsloser Kritik machen wird und nicht aus ihnen etwas entstehen lassen darf, was er vor seiner Partei verteidigen müßte. Immerhin ging durch die linken Parteien Deutschlands und auch durch die jüdischen Kreise, ohne Unterschied deren parteimäßiger Einstellung, ein Aufatmen, als die Absage des Zentrums an die Nationalsozialisten bekannt wurde. Offen und zwischen den Zeilen wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß es bis zu einer Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten oder bis zu einer Teilnahme der Nazis an einer Regierung noch

lange Weile habe und zwinkernd meinte man, daß viel gewonnen sei, wenn man Zeit gewonnen hat. Man hofft auf einen Zerfall der Nationalsozialisten, man hofft auf ein Wunder, welches die Hakenkreuzler-Partei zerschmettern wird und übersieht die Tatsache, daß die Nationalsozialisten von Wahl zu Wahl an Einfluß und Stimmenzahl gewinnen. Man übersieht ferner, daß die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer schließlich verantwortlichen Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung und in der Folge wohl auch in der Regierung Preußens schon heute lähmend wirkt und Erscheinungen zeitigt, die im alltäglichen Leben sich besonders schwer gegen diejenigen Elemente auswirken, denen die Todfeindschaft der Nationalsozialisten gilt.

In dieser Hinsicht war der zweite Kurfürstendamm-Prozeß, der sich in den letzten Tagen des Oktober und den ersten Tagen des November in Berlin abspielte, lehrreich genug. Man erinnere sich, mit welcher Entschiedenheit im ersten Prozeß sowohl der Gerichtsvorsitzende, wie auch der zweite Staatsanwalt das Problem der Kurfürstendamm-Krawalle angepackt haben. Nach den ersten Urteilen gegen die untergeordneten Teilnehmer an der Zusammenrottung auf dem Kurfürstendamm fand der Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten statt, einen Tag später erlebte Deutschland die große Parade der nationalen Opposition in Harzburg. Als es dann zur Verhandlung über den Einspruch der nationalsozialistischen Rechtsanwälte gegen den Vorsitzenden im ersten Kurfürstendamm-Prozeß kam, den die Nazis als befangen ablehnten, erlebte man, daß diesem Einspruch stattgegeben wurde. Es kann keinem Menschen einfallen zu behaupten, daß diese Entscheidung des Berliner Kammergerichtes irgendwie durch außerhalb des Gerichtes stehende Faktoren und außerhalb des Rechtes liegende Argumente zustande gekommen ist. Immerhin war die allgemeine Atmosphäre ein bißchen anders geworden, und das mag erklären, warum der zweite Kurfürstendamm-Prozeß gegen Helldorf und Genossen wegen der Anführerschaft bei den Kurfürstendamm-Krawallen im Tone und in Skandierung so anders ausgesehen hat als der erste. Dazu hat wohl auch der Umstand beigetragen, daß die nationalsozialistische Partei beim zweiten Prozeß mit ihren stärksten Kanonen aufgefahren ist. Als Verteidiger fungierten der Justitiar der Nazis, der Reichstagsabgeordnete Frank, aus München und der Rechtsanwalt Freisler aus Kassel. Beide bemühten sich vor Gericht, die Legalität der Nationalsozialisten zu betonen und wenn es auch

An unsere Leser!

Ab 1. Dezember befindet sich Redaktion und Geschäftsstelle Löhrrstraße 6¹. Telefon 21516.